

Zukunftsfähige Rohstoffpolitik für das Industrieland Deutschland

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon: 030 / 240 87 - 200
E-Mail: info@wirtschaftsrat.de

Vorwort

Rohstoffe stehen am Anfang aller Wertschöpfungsketten. Die Existenz der gesamten Industrie und damit Arbeitsplätze sowie der Wohlstand in unserer Gesellschaft hängen vom Zugang zu Rohstoffen ab und sind Voraussetzung für den Erhalt des Industriestandortes Deutschland. So führen innovative Technologien, wie sie z.B. zur Umsetzung der Energiewende notwendig wären, zu einem steigenden Bedarf an sog. kritischen Rohstoffen, wie etwa seltene Erden.

Rohstoffpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die an unterschiedlichen Stellen ansetzen muss, um die Versorgung der Bürger und der Industrie schrittweise zu verbessern und langfristig sicherzustellen. Wirtschaft und Politik auf unterschiedlichen Ebenen sind aufgefordert, hierzu ihren Beitrag zu leisten.

Durch die wachsende Weltbevölkerung und die zunehmende Nachfrage aufstrebender Volkswirtschaften steigt der Bedarf an Rohstoffen immer mehr an. Geostrategische Risiken durch die Abhängigkeit von politisch instabilen Regionen und der damit verbundene Wettbewerb um strategisch wichtige Räume prägen die Versorgungslage bei wichtigen Rohstoffen. In den vergangenen Jahren haben staatliche Interventionen und Marktkonzentrationen, Handels- und Wettbewerbsverzerrungen sowie kräftige

Preissteigerungen den Rohstoffmarkt bestimmt. Die Versorgungssicherheit und damit die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie werden dadurch massiv gefährdet.

Zugleich wird die Nutzung heimischer Lagerstätten durch zunehmende Konkurrenz mit anderen Nutzungsansprüchen immer weiter erschwert und zum Teil langfristig versperrt. Auch im Bereich der Kreislaufwirtschaft sind, trotz guter Einzelbeispiele, noch erhebliche Potenziale zur Unterstützung der Rohstoffversorgung vorhanden. Falsche politische Rahmenbedingungen erschweren zunehmend das Recycling.

Der Wirtschaftsrat setzt sich deshalb für eine Rohstoffpolitik ein, die das Industrieland Deutschland stärkt sowie Wachstum und Wettbewerb nachhaltig sichert.

Wolfgang Steiger
Generalsekretär
des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Dr. Klaus Harste
Vorsitzender
der Bundesarbeitsgruppe
Rohstoffpolitik des
Wirtschaftsrates der CDU e.V.

I. Internationale / Europäische Perspektive

Das Streben nach einer sicheren Rohstoffversorgung erhöht das Interesse an Förder- und Transitländern sowie an den Versorgungskorridoren. Insbesondere strategisch relevante Versorgungswege geraten aufgrund der verschiedenen Interessen von Rohstoffimport- und Rohstoffexportländern zunehmend unter Druck. Staaten versuchen immer stärker, ihre Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ) so zu definieren, dass sie die darin lagernden Offshore-Rohstoffvorkommen selbst nutzen können.

Die unterschiedlichen Rohstoffinteressen der Länder prägen zusehends stärker den Einsatz verschiedener staatlicher Machtinstrumente. Länder wie China beschränken gezielt die Ausfuhr von Rohstoffen und subventionieren die Einfuhr. Gleichzeitig bilden ausländische Staatsunternehmen einflussreiche Monopole. Der EU-Kommission zufolge bestehen derzeit weltweit ca. 1.200 Wettbewerbsverzerrungen für eine Vielzahl unterschiedlicher Rohstoffe.

Die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft müssen diese Aspekte und die damit verbundenen Entwicklungen in ihren Strategien berücksichtigen, ohne dabei den marktwirtschaftlichen Gedanken in der Rohstoffpolitik aufzugeben. Um sich im weltweiten Rohstoffwettbewerb durchsetzen zu können, müssen die Aktivitäten der deutschen Unternehmen an den Rohstoffmärkten durch staatliche Maßnahmen flankiert werden. Hierzu ist eine Kombination aus außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Initiativen notwendig.

Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:

■ Weltweiter Zugang zu Rohstoffen!

Die Bundesregierung sollte nachdrücklicher als bislang um Unterstützung in anderen Ländern werben, damit WTO-Regeln für einen fairen Wettbewerb auf den Rohstoffmärkten geschaffen werden. Diese müssen den Abbau von Exportzöllen sowie wettbewerbsverzerrenden Subventionen umfassen. Die Beseitigung dieser Handelshemmnisse ist dabei ebenso wichtig, wie eine effektive Kontrolle der Einhaltung der WTO-Handelsregeln.

■ **Sicherung der Rohstoffversorgung als gesamtstaatliche Aufgabe!**

Eine stärkere Verbindung der Rohstoffpolitik zu anderen Politikfeldern wie Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Wirtschafts- aber auch Infrastrukturpolitik ist für eine langfristig sichere Rohstoffversorgung unerlässlich. Wichtig ist vor allem die Abstimmung der Interessenlage zwischen den Ressorts der Bundesregierung sowie zwischen diesen Ressorts und der Wirtschaft. Die Bundesregierung ist aufgefordert, ihre politischen Initiativen aufeinander abzustimmen und für ein kohärentes Vorgehen mit Blick auf diese Zielsetzungen zu sorgen. Eine Definition der Interessenschwerpunkte sowie ein umfassender Überblick, welche Maßnahmen durch welche Ressorts bereits eingeleitet wurden, sind dabei Grundvoraussetzungen für ein weiteres zukunftsgerichtetes Vorgehen.



■ **Asymmetrische Wettbewerbsverhältnisse stärker berücksichtigen!**

Wichtige Rohstoffförderländer setzen verstärkt auf staatlich kontrollierte bzw. staatsnahe Unternehmen, um ihre Rohstoffe abzubauen und zu exportieren. Sie unterstützen diese Unternehmen auch in finanzieller Hinsicht. Privatwirtschaftlich geführte Roh-

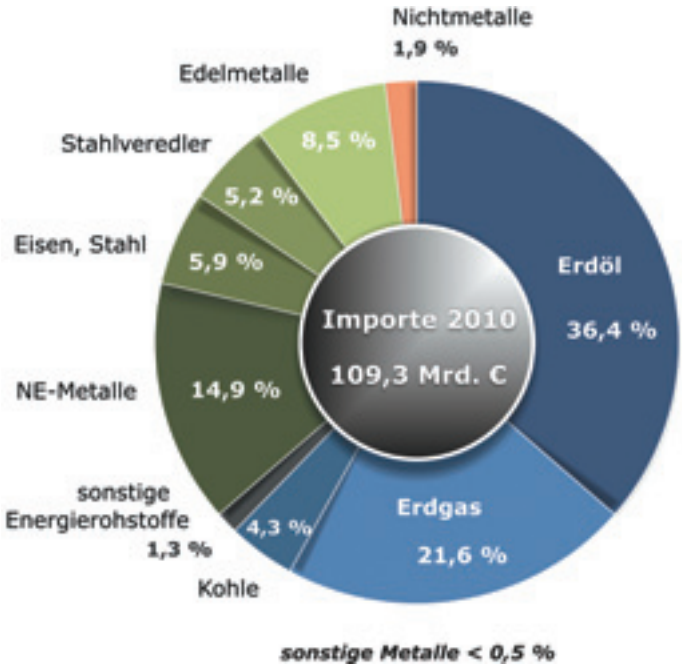
stoffunternehmen geraten dadurch unter Druck. Die Bundesregierung sollte die daraus resultierenden asymmetrischen Wettbewerbsverhältnisse im Rahmen bilateraler Kontakte mit den Rohstoffförderländern und in der WTO thematisieren, um eine Benachteiligung zuungunsten der deutschen Rohstoffversorgungssicherheit zu vermeiden. Im bilateralen Dialog mit den betreffenden Ländern sollte die Bundesregierung noch konsequenter auf den Abbau von Handels- und Wettbewerbsverzerrungen hinwirken.

■ **Zugang, Transparenz und Kontrolle am Rohstoffmarkt!**

Das zunehmende Interesse von Finanzinvestoren an den Rohstoffmärkten kann zu erheblichen Preissprüngen führen. Spekulanten an den Rohstoffbörsen verwässern den Markt. Um Fehlentwicklungen vorzubeugen, ist mehr Transparenz über die Player und eine gezieltere Regulierung der Rohstoffmärkte notwendig. An den Rohstoffbörsen wäre eine verbesserte europäische und internationale Aufsicht nötig, die bislang fehlt. Nur so kann der Markt effektiver kontrolliert werden. Dabei müssen zusätzliche Belastungen für die Realwirtschaft vermieden werden: Viele Unternehmen nutzen Preissicherungsinstrumente, die an den Finanzmärkten angeboten werden, um sich gegen die im Laufe des Produktionsprozesses auftretenden Preisschwankungen der Rohstoffe abzusichern (sog. Hedging). Das Hedging ist für diese Unternehmen ein Antispekulationsinstrument und dient der Planungssicherheit. Deshalb sollte es für die betroffenen Branchen weiterhin unbürokratisch ermöglicht werden.

■ **Leistungen der Deutschen Rohstoffagentur nutzen!**

Notwendig ist mehr Klarheit über weltweit verfügbare Ressourcen sowie über die Lieferströme von Rohstoffen. Hier übernimmt die Deutsche Rohstoffagentur eine wesentliche Aufgabe als Ansprechpartner für die Wirtschaft. Sie leistet mit ihrem Rohstoffinformationssystem einen wertvollen Beitrag für mehr Transparenz und Information. Die Wirtschaft muss dieses Angebot noch stärker als bislang aktiv nutzen. Die nationale Kompetenz und fachliche Expertise müssen für den internationalen Zugang weiter ausgebaut werden.



Quelle: Deutsche Rohstoffagentur (2011): Deutschland – Rohstoffsituation 2010, DERA Rohstoffinformationen 7, 175 S., Hannover

■ Verantwortung für Rohstofflieferungen notwendig!

Die Zertifizierung der Herkunft und Sorgfaltspflichten in der Handelskette können nur von Politik und Industrie gemeinsam auf internationaler Ebene etabliert werden. Ein dem US-Dodd-Frank-Act vergleichbarer Ansatz, die Verantwortung für Konfliktminerale einseitig auf die Wirtschaft abzuwälzen, wird auf EU-Ebene abgelehnt. Herkunftsnachweise müssen in den Förderländern ansetzen. Die Voraussetzungen dafür müssen im Rahmen der Außen-, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik geschaffen werden. Notwendig sind harmonisierte, international akzeptierte Richtlinien für Unternehmen, die branchenspezifisch adaptiert werden können. Wichtig ist darüber hinaus auch der Aufbau lokaler Strukturen und Kapazitäten in den Rohstoffförderländern, um Massnahmen der Transparenzbildung und der Zertifizierung im Rohstoffbereich zu unterstützen.

■ EU-Naturschutzvorschriften nicht länger als Instrument gegen nationale Rohstoffgewinnung einsetzen!

Das EU-Recht greift in vielfacher Weise in die Rahmensetzungen der Rohstoffgewinnung ein. So umfassen durch die europäische Richtlinie Natura 2000 eingerichtete Schutzgebiete in Deutschland rund 15 % der Landesfläche. Es bedarf einer Neugewichtung zwischen Naturschutz und Sicherung der Rohstoffversorgung in Europa. Notwendig sind Instrumente, die eine bessere Abstimmung aufeinander gestatten und die Rohstoffgewinnung nicht unwirtschaftlich machen. Um die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes bei Schutzgebietsausweisungen gleichberechtigt neben der Rohstoffversorgungssicherheit zu gewichten, ist die Anwendung des Leitfadens Natura 2000 von der Europäischen Kommission, der die Rohstoffgewinnung in solchen Gebiete ausdrücklich zulässt, in den Mitgliedstaaten erforderlich.



II. Nationale Perspektive

Die Abhängigkeit der deutschen Industrie von Rohstoffimporten verlangt neue strategische Partnerschaften mit Förderländern. Erste richtige und wichtige Schritte sind durch die Bundesregierung hier schon unternommen. Diese Rohstoffpartnerschaften müssen nun weiter gestärkt sowie neue Bezugsquellen und Transportwege erschlossen werden. Hierzu bedarf es eines noch stärkeren Zusammenwirkens von Wirtschaft und Politik im Rohstoffbereich. Ein level playing field und der diskriminierungsfreie Zugang zu Rohstoffen auf den Weltmärkten müssen sichergestellt werden.

Über die künftige Wettbewerbsfähigkeit des Industrielandes Deutschland wird auch der Erfolg eines grundsätzlich neuen Umgangs mit Rohstoffen entscheiden. Der Wirtschaftsrat sieht hier dringend Nachholbedarf.

Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:

■ Rohstoffpartnerschaften müssen unterstützt werden!

Staatliche Rohstoffeinkäufe lehnt der Wirtschaftsrat ab. Langfristige Beziehungen, gerade durch mittelständische Unternehmen, mit rohstoffreichen Ländern sind mit politischer Unterstützung strategisch neu zu gestalten und zu vertiefen. Rohstoffpartnerschaften sind sinnvolle Grundlagen für unternehmerische Initiativen. Die Märkte für Rohstoffe sind weltweit geprägt durch staatliche Interventionen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, private Initiativen noch stärker zu unterstützen, z.B. durch die Vereinbarung von Rohstoffpartnerschaften mit ausgewählten Ländern. Es muss geprüft werden, mit welchen Instrumenten der Aufbau dieser Beziehungen noch wirksamer unterstützt werden kann.

■ Öffentlichkeit für Brisanz der Rohstoffversorgung sensibilisieren!

Politik und Wirtschaft müssen die Dringlichkeit einer sicheren und bezahlbaren Rohstoffversorgung für den Industriestandort

Deutschland stärker in die öffentliche Wahrnehmung rücken. Notwendig ist ein öffentliches Bewusstsein für die Wichtigkeit einer sicheren Rohstoffversorgung in Deutschland. Politische Zusammenhänge müssen besser vermittelt, deutsche Rohstoffinteressen umfassend erklärt und begründet werden. Hierzu gehören auch Fragen zu sicherheitspolitischen Maßnahmen.

■ Blockaden beim Zugang zu heimischen Rohstoffen durchbrechen!

So wie auf EU-Ebene ist auch auf nationaler Ebene eine Neugewichtung der Prioritäten zwischen Naturschutz und Zugang zu Rohstoffen notwendig. Ökologische, ökonomische und soziale Belange müssen gleichrangig berücksichtigt werden. Dabei sind die Gesetzmäßigkeiten der Rohstoffgewinnung zu beachten: Sie ist örtlich an die Lagerstätte gebunden und muss dynamisch und lang andauernd betrieben werden. Die Umsetzung sollte in regelmäßigen Abständen in den Wirtschaftsministerkonferenzen von Bund und Ländern überprüft werden.



Langfristige Investitionsentscheidungen erfordern auch bei der Rohstoffgewinnung stabile Rahmenbedingungen. Nach einer Entscheidung darf das „Ob“ des Vorhabens nicht erneut in Frage gestellt werden. Ebenso dürfen Ausgleichsflächen für den Naturschutz nicht mehr ein Vielfaches der in Anspruch genommenen

Nutzfläche umfassen. Europäische Umweltschutzvorschriften sind nur 1:1 in nationales Recht umzusetzen und dürfen nicht durch den deutschen Gesetzgeber verschärft werden. Hinsichtlich der heimischen Rohstoffe ergeben sich durch das Naturschutzrecht Blockaden, die aufgelöst werden müssen. Die konkurrierenden Ziele zwischen Naturschutz und Raumordnungsrecht müssen besser abgestimmt, miteinander in Einklang gebracht und für einen rechtzeitigen Interessenausgleich genutzt werden. Hierbei sollten auch politische Zielvorgaben einbezogen werden. So ist beispielsweise zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebereich der Zugang zu heimischen Baurohstoffen notwendig.

■ **Ressourceneffizienz darf Wirtschaftswachstum nicht behindern!**

Ressourceneffizienzziele und wirtschaftliches Wachstum müssen in Einklang gebracht werden. Der Wirtschaftsrat begrüßt, dass sich die Bundesregierung für mehr marktwirtschaftliche Lösungen und gegen eine zusätzliche Besteuerung von Rohstoffen ausspricht. Erreichte Erfolge der Wirtschaft sind vor politischen Aktivitäten zu Ressourceneinsparungen zu analysieren und zu berücksichtigen. Die Bundesregierung muss sich beim Wort neh-



men lassen und auch in Zukunft konsequent auf die Einführung von Rohstoffsteuern verzichten. Zur Bewertung der Ressourceneffizienz sind geeignete Indikatoren heran zu ziehen, als beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt.

■ **Entkopplung von Wachstum und steigendem Rohstoffverbrauch!**

Deutschland und Europa brauchen eine Rohstoffwende, durch die das industrielle Wachstum vom damit einhergehenden steigenden Rohstoffverbrauch entkoppelt wird. Primärrohstoffimporte im Wert von 90 Milliarden Euro pro Jahr wären verzichtbar, wenn 100 Prozent der werthaltigen Abfälle recycelt würden. Zugleich könnten Unternehmen Kosten in Höhe von 100 Milliarden Euro jährlich einsparen, wenn wirtschaftliche ressourcenschonende Verfahren stärker eingesetzt würden. Der Umgang mit Rohstoffen, gerade mit Sekundärrohstoffen, ist nicht allein eine Frage der Umweltpolitik, sondern zentrale Aufgabe der Wirtschafts-, Forschungs- und Außenpolitik. Eine stärkere ressortübergreifende Abstimmung ist deshalb auch in diesem Bereich unverzichtbar.



■ Stärkung der Kreislaufwirtschaft!

Nebenprodukte müssen konsequent als Produkte anerkannt und deren Nutzung sichergestellt werden. Die Verwendung von Recyclingmaterial darf nicht behindert werden, z.B. durch eine zu enge Fassung der Grundwasser-, Ersatzbaustoff- und Bundes-Bodenschutzverordnung („Mantelverordnung“).



Auch der illegale Export von Reststoffen und Schrotten muss durch schärfere Überwachungen verhindert werden, um diese wichtigen Rohstoffe innerhalb der EU zu erhalten. Es sollte vermieden werden, Primär- und Sekundärrohstoffgewinnung gegeneinander aufzuwiegen. Der Erfolg liegt allein im Miteinander. Nur durch eine Kombination beider Möglichkeiten kann langfristig eine ausreichende Rohstoffversorgung gewährleistet werden. Wichtig wäre die Vereinfachung des Zugangs zu bereits auf Deponien verbrachten Abfällen, die noch abtrennbare Wertstoffe enthalten. Der Zugang zu Rohstoffen muss zudem im Wettbewerb ermöglicht werden. Bei der Schaffung eines Wertstoffgesetzes ist dieser Grundsatz vorrangig zu berücksichtigen. Ziel muss es sein, eine konsequente Ausschreibungspflicht einzuführen und stärker auf die Produktverantwortung zu setzen.

■ Größere Forschungsaktivitäten im Rohstoffbereich!

Neue wissenschaftliche Aufgabenfelder haben sich insbesondere durch den Prioritätenwechsel von der grundlegenden Rohstoffsicherung zur Rohstoffoptimierung bzw. nachhaltigen Rohstoffnutzung ergeben. Hierdurch entstehen neue Forschungsfelder für die der Aufbau von mehr Kompetenz und leistungsfähigen Forschungseinrichtungen notwendig ist.

Die Konzeption von Forschungsprogrammen hat in engerer Abstimmung mit der Wirtschaft entlang der Wertschöpfungskette zu erfolgen. Gleichzeitig sollte die internationale Zusammenarbeit in der rohstoffbezogenen Forschung ausgebaut werden. Rohstoffforschung eröffnet zusätzliche Möglichkeiten der Kooperation mit Rohstoffförderländern und kann genutzt werden, um Rohstoffpartnerschaften flankierend zu unterstützen. Das erhöht die Chancen der deutschen Wirtschaft, sich aktiv an allen Stufen der rohstoffbezogenen Wertschöpfungskette beteiligen zu können.



Herausgeber:

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon: 030 / 240 87 – 200
Telefax: 030 / 240 87 – 205
E-Mail: info@wirtschaftsrat.de

Verantwortlich:

Wolfgang Steiger, Generalsekretär
Dr. Rainer Gerding, Bundesgeschäftsführer

Bearbeitung:

Claudia Gellert, Bereichsleiterin

Weitere Informationen unter:
www.wirtschaftsrat.de

Stand: Juni 2012